

Fátima Mello:

Ein Wiedersehen auf dem Aterro do Flamengo Der Peoples Summit knüpft an die Kämpfe des Globalen Forums von 1992 an

Juni 1992, Juni 2012. Kurz vor Abschluss der Vorbereitungen des Peoples Summit für Soziale und Ökologische Gerechtigkeit im Prozess Rio+20 werden die Erinnerungen der Älteren unter uns an das Globale Forum von 1992 immer lebhafter. Es geht erneut auf den Aterro do Flamengo, auf die Bühne, die vor zwanzig Jahren Schauplatz einer der wichtigsten Momente für den Aufbau einer weltweiten Bewegung war. Es war der Ausgangspunkt der sozialen und ökologischen Kämpfe der 1990er Jahre und der Mobilisierungen gegen den Neoliberalismus, der dieses Jahrzehnt dominierte und zu Beginn des neuen Jahrtausends mit den Demonstrationen von Seattle 1999 und dem Weltsozialforum von 2001 das Ende des „Endes der Geschichte“ erlebte. Die Saat des Globalen Forum von 1992 ist fruchtbar gewesen, sie machte uns Hoffnung und gab uns Mut zum Kämpfen. Wir haben die Vorherrschaft des Neoliberalismus gebrochen, die (Amerikanische Freihandelszone) FTAA verhindert, die WTO gelähmt und einen neuen politischen Zyklus in Lateinamerika geschaffen – mit all den Stärken und Grenzen, die unsere Analysen ausmachen.

Die Rückkehr auf den Aterro nach 20 Jahren rückt die Erinnerung an eine ganze Reihe wichtiger Mobilisierungen, an Herausforderungen, Erfolge und an eine notwendige Bilanz wieder in unser Bewusstsein. Wo stehen wir jetzt? Wie weit sind unsere Kämpfe gediehen? Welche Bedeutung wird der Peoples Summit für unser Vorgehen haben? Welche Unterschiede, welche Ähnlichkeiten gibt es im Vergleich zum Kontext vor 20 Jahren? 1992, kurz nach dem Fall der Berliner Mauer, ging aus den Diskussionen in den 45 Zelten des Globalen Forums eine Reihe von Vereinbarungen der NRO und der sozialen Bewegungen hervor. Es war eine breite Palette von Kämpfen und Ausdruck von Einheit im Widerstand gegen den Neoliberalismus.

Ein Beispiel war Planeta Fêmea, bei dem Aktionen für sexuelle und reproduktive Rechte im Mittelpunkt standen. Es ging um das Recht auf den eigenen Körper und sexuelle Selbstbestimmung, um den Kampf gegen eine Politik der Geburtenkontrolle sowie gegen das damals herrschende neomalthusianische Umweltprinzip, demzufolge die Geburt von Menschen in Armut Schuld an der Zerstörung der Umwelt sei. So entstanden sozialökologische Kämpfe, die das bestehende Entwicklungsmodell in Frage stellten. Ähnliches geschah mit vielen anderen Bewegungen, die zum Globalen Forum eingeladen waren, um ihre spezifische thematische Ausrichtung einzubringen und eine breitere Synthese zu entwickeln.

Diesmal findet der Peoples Summit im Zeichen der schwersten Krise des Kapitalismus seit 1929 statt. Das internationale System ist seit 2008 von einem Zusammenbruch seiner Grundpfeiler bedroht und Geisel eines Finanzsystems, das inzwischen nicht nur die Produktion, sondern auch die Politik dominiert. Während 1992 die Vorherrschaft der USA auf ihren Höhepunkt gelangt war, befindet sich das System heute in einer tiefgehenden Hegemoniekrise und im Wettstreit um eine Neuordnung der Mächte. Die multilateralen Institutionen, die Stützen der nordamerikanischen Vorherrschaft, befinden sich ebenfalls in der Krise, und noch nie war es so dringend, dem Bretton-Woods-System ein Ende zu setzen.

Diese vielfältige Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt-, Energie-, Ernährungs- und Politikkrise führte bis heute nicht zu einem Schulterschluss der globalen Bewegungen. Im Gegenteil, die vielen intensiven Widerstandskämpfe fanden vereinzelt und in zersplitterter Form statt – wie im Falle der Mobilisierung in Griechenland, der *Indignados*-Proteste in Spanien, des Arabischen Frühlings, der *Occupy*-Bewegung in den USA, der Studentenbewegung in Chile, der Kämpfe gegen die Verletzung der Landrechte in Brasilien und anderen Ländern. Bisher wurden keine politischen, kulturellen oder symbolischen Voraussetzungen geschaffen, die eine Bündelung dieser vielfältigen Formen systemkritischer Kämpfe ermöglicht hätten. Dies ist die Herausforderung für den Peoples Summit: Die lokalen und globalen Kämpfe aus aller Welt zusammenbringen, damit sie sich zusammenschließen und ihre Kräfte bündeln können. Die offizielle Konferenz liefert uns jede Menge Gründe für den gemeinsamen Widerstand: Die offizielle Tagesordnung beschränkt sich darauf, in der Vermarktung der Natur sowie dem Abbau von Rechten den Ausweg aus der Krise und den Startschuss eines neuen Zyklus' der Kapitalakkumulation zu sehen.

Wir können viel vom Globalen Forum 1992 lernen. Eine der vor zwanzig Jahren auf dem Aterro do Flamengo verabschiedeten Ergebnisse, die Rio-Erklärung der NGOs, besagt: „Der Erdgipfel hat die Hoffnungen, die er selbst bei vielen Menschen geweckt hat, enttäuscht. Die Politiker unterwarfen sich weiterhin den mächtigen ökonomischen Interessen und der bestehenden Logik der Macht. (...) Wir verurteilen die Tatsache, dass die großen transnationalen Konzerne, in Verbindung mit internationalen Organisationen, mehr Macht innehaben als die Staaten und sich als Meister der nachhaltigen Entwicklung gebärden.“ Es gibt kaum etwas Aktuelleres als diese Erklärung aus dem Jahre 1992.

Es lassen sich viele Parallelen zwischen 1992 und 2012 ziehen. Vor zwanzig Jahren präsentierte die offizielle Konferenz, inspiriert vom Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ aus dem Jahre 1987, der Welt als eines der wichtigsten Ergebnisse den Begriff der Nachhaltiger Entwicklung. Bereits zu dieser Zeit wurden Stimmen im Globalen Forum laut, die befürchteten, dass dieser Begriff Diskussionen entfachen könnte und die Gefahr bestehe, dass er von Unternehmen und Ländern zur Legitimierung eines neuen Akkumulationszyklus missbraucht

werden könnte, während dieselben Muster sozialer Ausgrenzung und privater Aneignung der Natur erhalten blieben: „Wir werden nicht zulassen, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung auf eine ökonomischen Kategorie reduziert wird, die sich vorrangig auf neue Technologien und moderne Marktprodukte beschränkt.“ Tatsächlich wurde der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung sehr weit gedehnt und zur Vertuschung von Menschenrechtsverletzungen sowie ökologischen Ungerechtigkeiten genutzt, so dass er heute kaum noch aussagekräftig ist.

Und jetzt, zwanzig Jahre später, verkündet die Konferenz 2012, dass die Grüne Wirtschaft die neue Ideologie sei, das Allheilmittel, das alle als unumstößliche Lösung zu betrachten haben. Wer sollte, wie 1992 im Falle der Nachhaltigen Entwicklung, eine Wirtschaft, die auf ökologische Effizienz und neue Technologien setzt, in Frage stellen? Wieder sind wir es, der Peoples Summit. So wie es die Abkommen und Bewegungen des Globalen Forums 92 getan haben, werden wir erklären, dass die Grüne Wirtschaft ein weiterer Versuch der Unternehmen ist, die Unterdrückung von Rechten und die private Aneignung von Natur zu legitimieren, um ihre Profitrate zu halten.

Im Jahre 1992 wurde in der Erklärung des Globalen Forums zu Alternativen Wirtschaftsmodellen ausgeführt: „Der neoliberale Staat setzt seine Macht und sein Gewaltmonopol zur Stärkung und Ausweitung dieses repressiven Wirtschaftssystems ein, das von den autoritären Bretton-Woods-Institutionen, insbesondere dem IWF und dem GATT-Abkommen, koordiniert wird. Nutznießer ist das wachsende Monopol internationaler Konzerne und ihre Kontrolle über die weltweiten Ressourcen. Das Brundtland-Modell für nachhaltige Entwicklung wird diese Situation festschreiben. Die gegenwärtige Verbreitung der Ideologie des freien Marktes unterminiert die Kraft der Staaten, eine Politik zu formulieren, die die natürlichen Ressourcen schützt. Die neoliberale Ideologie verwandelt die sozialen Beziehungen und die kulturellen Gemeinden in bloße ökonomische Variablen.“ Der Aufruf zum Peoples Summit zur Rio+20-Konferenz schlägt einen ähnlichen, aber etwas dringlicheren Ton an: „Das kapitalistische Produktions- und Konsumsystem, repräsentiert von den großen Unternehmen, Finanzmärkten und Regierungen, die dessen Aufrechterhaltung gewährleisten, produziert und verstärkt die globale Erwärmung und die klimatischen Veränderungen, den Verlust der Biodiversität, Trinkwasserknappheit, Wüstenbildung und Versauerung der Meere – zusammengefasst handelt es sich um den Ausverkauf sämtlicher Lebensbereiche. Während wir eine beispiellose zivilisatorische Krise erleben, klammern sich Regierungen, internationale Organisationen, Unternehmen und breite Sektoren der nationalen Gesellschaften, die im Moment behaftet und blind für die Zukunft sind, an überholte und lähmende Wirtschafts- sowie Regierungsmodelle und Werte. Die vom globalen Finanzmarkt gelenkte kapitalistische Wirtschaft orientiert sich weiterhin an der grenzenlosen Suche nach Gewinn, an der Ausbeutung von Arbeitskräften – vor allem von Frauen und anderer schutzloser Gruppen –, an der

Verbrennung fossiler Energieträger, am Raubbau der Ökosysteme, an der Gleichsetzung von Wachstum und Entwicklung, einer Produktion um der Produktion Willen. Sie basiert auf Verschwendung und Wegwerfen, ohne die Lebensqualität in Betracht zu ziehen.“

Auch was den Bruch von Vereinbarungen betrifft, gibt es etliche Parallelen zwischen 1992 und 2012. Die offizielle Konferenz von 1992 verabschiedete eine Reihe von Erklärungen. Die wichtigsten darunter sind die Rio-Deklaration, die Biodiversitätskonvention, die Konvention zur Bekämpfung von Wüstenbildung, die Klimarahmenkonvention, die Agenda 21 und die Walddeklaration. Noch bedeutender war die Tatsache, dass 1992 ein neuer Zyklus von UN-Konferenzen eingeleitet wurde, der das gesamte Jahrzehnt andauerte und eine ganze Reihe von Normen bezüglich umfassender (Menschen-)Rechte schuf. Im Kontext der Schaffung von Zielen Nachhaltiger Entwicklung, die sich an den Millenniumszielen orientieren, wird Rio+20 vermutlich Dokumente verabschieden, die – so wird befürchtet – diese Prinzipien der 90er Jahre auf den Müll werfen. Dies betrifft das Prinzip der „Gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ und die damals verabschiedeten Rechte. Man wird auch die sogenannte Grüne Wirtschaft und eine neue, auf den ökologischen Bereich begrenzte Governance beschließen, ohne auf die anderen Ursachen der globalen Krise einzugehen. Angesichts einer Welt, die sich in einer schweren, vielschichtigen Krise befindet, wird Rio+20 lediglich verkünden, dass die Welt durch Ziele für eine nachhaltiger Entwicklung gerettet werde. Ziele, die nicht eingehalten werden – so wie die Deklarationen, Verträge und Konventionen von 1992 und den Folgejahren. Rio+20 wird verkünden, dass die Welt durch eine grüne Wirtschaft gerettet werde, und durch einen institutionellen Rahmen im Umweltbereich, der parallel zu den multilateralen Institutionen existiert, deren Regeln die Welt an den Rand des Abgrunds gebracht hat.

Es gibt aber auch Bereiche, in denen die Logik des Globalen Forums von 92 und des Peoples Summit nicht übereinstimmen. Mit Sicherheit haben sich nach zwanzig Jahren Erfahrung und Widerstand viele unterschiedliche Richtungen in den Bewegungen herausgebildet. Einer der Unterschiede ist, wie Jean Marc von der Weid sagt, dass wir 1992 anders als heute noch keine Beweise hatten, dass unsere Vorschläge richtig und umsetzbar sind. Nach Meinung von Jean Marc, von (der brasilianischen NRO) AS-PTA, „besteht der Unterschied zwischen heute und vor zwanzig Jahren unter anderem darin, dass sich Praktiken, die Menschen und Umwelt respektieren, als solide Optionen erwiesen haben, wie beispielsweise die Produktion gesunder Lebensmittel in der ökologischen Landwirtschaft. Auf der ganzen Welt gibt es etliche solcher Beispiele. Man muss die Praxis in den unterschiedlichen Lebensräumen nur sichtbar machen.“ Es geht jedoch nicht nur um die Sichtbarkeit. Jean Marc gibt zu bedenken, dass die ökologische Landwirtschaft nur im Kontext von Agrar- und Landreformen möglich ist, und

erinnert uns daran, dass die Debatte über Alternativen auf politischer Ebene stattfindet.

Ein Unterschied zwischen 1992 und 2012 mag außerdem sein, dass die gesammelten Erfahrungen im Widerstand gegen die Hegemonie uns mittlerweile vor die Aufgabe stellen, unsere Vorstellungen auf der politischen Ebene durchzusetzen und uns nicht mehr nur auf die Demonstration von Alternativen zu beschränken. Deshalb kann und soll der Peoples Summit, nach einer langen Phase des Kräftesammelns, das Signal zum Aufbruch in die politische Auseinandersetzung sein, in der wir Nein sagen zu der unheilvollen Rezeptur, die auf der offiziellen Konferenz verordnet wird, und Ja zu einem Gesellschaftsprojekt, das auf Rechten, Erfahrungen und Ideen basiert, die wir in der Praxis und auf den unterschiedlichen Feldern des Widerstands gesammelt haben. Daher werden wir, neben den Aktivitäten und Diskussionen, in Versammlungen und Plena auf eine Bündelung unserer Visionen, auf Mobilisierung und auf die Demonstration von Stärke hinarbeiten. Und wir werden auf dem Zukunfts-Territorium (auf dem Aterro) unsere Lösungen vorstellen und deutlich machen, dass unsere Welt keine Handelsware ist und dass die Menschheit ab 2012 unter das Banner von Gemeingütern, von Rechten und von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit gestellt werden muss.

Fátima Mello arbeitet beim *Núcleo Justiça Ambiental e Direitos* der NRO FASE
Der Beitrag wurde veröffentlicht in der FASE-Zeitschrift *Proposta*, April 2012